

Brauer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mark, für das Ausland 2 Mark pro Quartal. — Inserate die sechsgespaltene Petitzeile 20 Pfg.

Redaktion: R. Wiehle, Linden-Hannover.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin NO., Mendelssohnstr. 13 (Quergebäude), I. — Vorsitzender der Rechtschutzkommission: Fr. Schutt, Frankfurt a. M., Dammstr. 4, part. Sämmtliche Briefe, sowie Geldsendungen sind zu adressiren: R. Wiehle, Linden-Hannover, Fallstraße 29, II. — Postzeitungsliste Nr. 1187.

N^o 29.

Hannover, den 17. Juli 1897.

7. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Urabstimmung, betreffend die obligatorische Einführung eines Streikfonds, hat bekanntlich mit dem Resultat geendet, daß sich eine Majorität für diese Einführung aussprach. In der Höhe des Beitrages gingen die Meinungen weit auseinander. 10 bzw. 20 Pfg. pro Mann und Monat war wohl die allgemeine Ansicht. Da die Bethheiligung der arbeitenden Mitglieder allerdings nur etwa 53 bis 55 Prozent betrug, so ergibt die Abstimmung allerdings noch kein Gesamtbild über die Erkenntniß, daß die Gründung eines obligatorischen Streikfonds eine unerlässliche Nothwendigkeit geworden sei.

Der Hauptvorstand und Ausschuss haben nach eingehender Erwägung beschlossen, daß vom 1. August d. J. ab jedes Mitglied 10 Pfennige für den Streikfonds zu entrichten hat. Der Hauptvorstand wie Ausschuss gingen bei ihren Erwägungen von dem Resultat aus, daß die größere Majorität der Mitglieder in über 50 Zahlstellen sich für die Errichtung ausgesprochen hat und nur in einigen und leider größeren Orten, wo der Arbeitsverdienst ein weit höherer, das Opfer also weniger fühlbar ist, ist man Gegner des Obligatoriums.

Bei der Festsetzung von 10 Pf. pro Monat haben sich Hauptvorstand wie Ausschuss von dem Gedanken leiten lassen, den Gegnern des Streikfonds, sowie denen, welche an der Abstimmung sich nicht betheiligten, gerecht zu werden.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß alle Mitglieder sich nach und nach überzeugen werden, daß eine Ansammlung von Mitteln eine unerlässliche Nothwendigkeit ist, sollen in Zukunft die uns etwa aufgewungenen Kämpfe wirkungsvoller gestaltet werden.

In die Kassirer richten wir das dringende Ersuchen, diese Beiträge mit den übrigen Geldern einzufenden und dies stets auf dem Postabschnitt zu vermerken. Die Quittung erfolgt vorläufig durch die grünen 10 Pf.-Marken (freier Beitrag zum Streikfonds). Dieselben sind den Vorständen bereits zugegangen.

Die eingefandten Beträge werden jeder Zahlstelle gut geschrieben und durch die Zeitung quittirt werden. Der nächste Verbandstag wird das Weitere über die event. Verwendung oder den Ausbau des Streikfonds zu beschließen haben.

Für die Beschickung der Convention unseres amerikanischen Bruderverbandes haben sich 3000 Mitglieder von denen, welche sich an der Abstimmung betheiligten, erklärt. Der Hauptvorstand und der Ausschuss halten also die Beschickung für beschlossen und ist Kollege Wiehle als Delegirter gewählt. Zur Ausführung wird der Beschluß aber nur dann gebracht werden, wenn die reaktionären Pläne und das Attentat auf das preussische Vereins- und Versammlungsrecht im preussischen Abgeordnetenhaus als vorläufig beseitigt angesehen werden können. Diese Entscheidung dürfte der 24. oder 25. Juli bringen.

Indem wir noch die Einzelmitglieder ersuchen, bei Einfindung der Beiträge dem obigen Beschlusse Rechnung zu tragen, erwarten wir von allen Mitgliedern, daß sie in ruhiger und sachlicher, aber auch ausdauernder Weise für die Ideen des Verbandes Propaganda machen, denn nur durch die unermülichste Agitation und Organisation wird es möglich sein, die Interessen der Brauereiarbeiter richtig zu wahren und zu vertreten.

Mit kollegialischem Gruß

Der Ausschuss: Der Hauptvorstand:
gez. W. Richter. gez. R. Wiehle.

Der Brau- und Malzmeisterbund

hielt in Frankfurt a. M. vom 26. bis 29. Juni seine Generalversammlung ab. Nach den üblichen Begrüßungsreden der Vertreter der Frankfurter Braumeister, Brauereibesitzer u. s. w. fand eine ca. 3stündige, von „lebhaftem Interesse“ zeugende Verhandlung statt. Dann kam das Essen und das Trinken, das dauerte 4 Stunden, so daß es den Anschein hat, als wenn die Herren Braumeister die kleine Spritztour oder vielmehr Generalversammlung nur abhalten, um, sagen

mir, um mal etwas von ihrem Gehalt unter die Leute zu bringen. Wir gönnen gewiß den Herren Braumeistern dies Vergnügen und am allerersten dem so „arbeitstüchtigen“ und arbeitseifrigen Herrn Direktor Reinhardt, zumal Besterem ja von den Herren Aktionären eine größere Schonung seiner Gesundheit anempfohlen worden.

Über dann sollten die Herren Braumeister und mit ihnen Herr Reinhardt, welcher sich in manchem Jahr ein halbes oder auch das ganze Jahr schon, nicht so unedel über die Bestrebungen ihrer ehemaligen Kollegen, der Brauereigesellen, denken, wenn auch sie etwas weniger arbeiten und etwas mehr von den Genüssen der gegenwärtigen Zeit abhaben wollen.

Daß Herr Reinhardt arbeitseifrig und arbeits-tüchtig ist, wissen wir zur Genüge, wenigstens im Kampf gegen die organisirten Brauereiarbeiter bildet er den Grundpfeiler, um den sich Alles dreht. Er giebt dem Bundesoberhaupt ein, was zu thun ist; er unterstützt durch namhafte Summen die „Bundeszeitung“, er thut noch manches Andere, was wir nicht wissen, aber schon gemerkt haben. Der Sekretär, Herr Behmann, wird ihm gewiß dabei behilflich sein müssen. Auch wir ersuchen ihn, er möge sich etwas mehr schonen und seine Gesundheit nicht so aufreiben im Kampfe gegen die Organisation. Nur zu gern verkauft er sein Bier an organisirte Arbeiter, wie er ja auch die Liebeshörigkeit selbst ist, wenn einmal eine Kommission in irgend einer Sache mit ihm zu thun hat.

„Hilfe den Nothleidenden“ hat der Brau- und Malzmeisterbund auf seine Fahne geschrieben. Volle Sympathie bringt Herr Henrich, der Vorsitzende, jenem Programm entgegen. „Hilfe den Nothleidenden“ haben auch wir auf unsere Fahne geschrieben, aber nicht in Worten, sondern in Thaten soll diese Hilfe bestehen.

Wenn der deutsche Brauerbund und mit ihm Herr Henrich die Bestrebungen unterstützt, die darauf gerichtet sind, dem wirklichen Nothleidenden Hilfe zu bringen, dann muß er unsere Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, Arbeitslosigkeit und damit Noth und Elend zu beseitigen, bessere Bezahlung, Verkürzung der Arbeitszeit, Hebung des geistigen Niveaus des Menschen zu erwirken, am ehesten unterstützen, weil dadurch in Wirklichkeit den Nothleidenden geholfen wird.

Über wie sieht es mit dem Entgegenkommen aus? So sehr wir die Bestrebungen der Braumeister, durch ihre Vereinigung ihre Interessen zu wahren und zu vertreten, achten, so sehr wir auch begreifen, daß trotz der Tiefengehälter, welche sie beziehen, doch noch der Eine oder Andere durch Arbeitslosigkeit in Noth gerathen kann, so sehr sind wir aber davon überzeugt, daß ein Theil dieser Braumeister, wenn er Stellung hat, Noth und Elend über andere Nebenmenschen heraufbeschwört. Hätte nicht durch Eingreifen vieler Braumeister mancher Streik vermieden werden können? Oder haben sich nicht gerade häufig die Braumeister gegen eine Verbesserung der Lebenslage ihrer ehemaligen Kollegen gestäubt?

In einer letzten Besprechung über den Delegirten-tag der Bundesvereine sagt die Redaktion der „Bundeszeitung“: „Der Antrag „Stellungnahme des Bundes zum Lehrlings-Unwesen“ ist recht gut gemeint, wird aber in Folge der Gewerbescheit daran kaum etwas ändern. Der deutsche Brau- und Malzmeisterbund hat bezgl. dieses Punktes für seine Mitglieder Bestimmungen getroffen, welche unser Bund nur gutheißen kann, und je mehr wird dem Unwesen gesteuert werden.“

Siechter und leichter kann man eine Frage, wie das Lehrlingsunwesen, wohl kaum abthun. Daß die Großproduktion die kleinen Brauereien zwingt, um ihre Existenz zu erhalten, möglichst wenig Produktionskosten aufzuwenden, was dadurch geschieht, daß man an Stelle der Gesellen Lehrlinge, welche umsonst arbeiten, annimmt, das vergißt die „Bundeszeitung“. Oder lag es denn nicht weit näher, das aus eigener Erfahrung Geschöpfste mitzutheilen? Warum halten denn die Herren Gebr. Horn in ihrer Buchdruckerei fast nur Lehrlinge und kümmern sich den Teufel darum, was die vereinigten Buchdruckereibesitzer ausgemacht haben? Die Bier nach Profit führt auch zum Lehrlingsunwesen und zur unmenschlichsten Ausbeutung der Lehrlinge und wird so

der Keim zu späterem Siechthum gelegt. Ja, warum donnert denn nicht die Bundeszeitung gegen die Dreher'sche Brauerei in Wien? Werden dort nicht 40—50 Lehrlinge gehalten, an deren Stelle ebenso viele gelehrte Gesellen stehen könnten? Verdient Herr Dreher so wenig, daß er durch Lehrlinge die Produktion verbilligen muß? Profitwuth ist neben dem ehernen Muß der Kleinbetriebe die Haupttriebfeder des Lehrlingsunwesens. Brauereigesellen setzt man in die Welt und kümmert sich den Teufel darum, ob sie ihr Fortkommen finden oder nicht. Man macht von dem Massenangebot von Arbeitskräften Gebrauch, ob sie das Brauergewerbe gelernt oder nicht gelernt haben. Dann empfiehlt man den „Gesellen“, stolz auf „gelernt zu haben“ zu sein. Wer, wie es heute im Brauergewerbe der Fall ist, 4 bis 8 Monate arbeitslos sein muß, bei dem sollte denn doch die nackte und nüchterne Wahrheit zum Durchbruch kommen, daß man von einem Dinkel, welcher Tag für Tag durch die Unternehmer zerstört wird, nicht satt wird.

In derselben Betrachtung über das „Lehrlingsunwesen“ sagt Herr Horn: „Wenn unser Bund etwas thun könnte, so würde er es schon gethan haben (also Ohnmacht), denn dieser Antrag war schon wiederholt da.“ (Schon nach Gründung des Brauerverbandes im Jahre 1884 ist auf allen Delegirten-tagen das Lehrlingsunwesen besprochen worden, ohne daß trotz Zusicherung von Besitzer- und Braumeisterbund, an welche man sich wandte, Abhilfe geschaffen wurde.)

Es wurde vorgeschlagen, in den Lokalblättern die Eltern derjenigen jungen Burschen, welche eben die Schule verlassen haben, zu informiren darüber, daß nicht der junge Bursche allein ganz gesund und kräftig sein muß, sondern daß er auch die Mittel haben muß, nach seiner Lehrzeit eine Brauerschule besuchen zu können, wenn derselbe auf ein gutes Fortkommen im Brauereigewerbe rechnen will.“

Also mit einem Male haben wir Recht. Mittel muß ein Brauereigefelle haben, um ein Fortkommen in seinem angelernten Berufe finden zu können. Und was machen Diejenigen, welche die Mittel nicht haben, eine Brauerschule zu besuchen? Sie finden kein so gutes Fortkommen, oder besser gesagt, müssen dauernd durch ihrer Hände Arbeit ihr Brot verdienen, haben mit ihrer Arbeitskraft als einziges Gut zu rechnen.

Weiter: Ist es der Redaktion der „Bundeszeitung“ denn nicht bekannt, daß Tausende ihre theils ererbten oder mit Noth oder Entbehrung zusammengesparten Pfennige für den Besuch einer Brauerschule opfern und doch kein gutes Fortkommen haben, ja ebensogut der Unsicherheit der Existenz preisgegeben sind, als ihre Nebenarbeiter, die keine Brauerschule besuchten? Willige und willige Arbeitskräfte, das ist das A. und O. der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Daran wird eine Debatte über das „Lehrlingsunwesen“ ebensowenig ändern, als es der Brau- und Malzmeisterbund ändern können; ja auch nur ändern kann, daß heute Personen Braumeister werden, die allerdings einen großen Geldbeutel haben, aber der Erfahrung, Kenntnisse und auch Fähigkeiten vollständig entbehren. Da, wo der Geldbeutel herrscht, hört die Standesehre auf, ausschlaggebender Faktor zu sein.

Wenn aber die armen, unterdrückten und ausgebeuteten Brauereiarbeiter irgendwo an die Unternehmer herantreten und um etwas mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit ersuchen, mögen sie sich dann der Worte des Herrn Henrich erinnern, und den Unternehmern zurufen, daß es gelte, „Hilfe den Nothleidenden“ zu bringen. „Bleiben Sie einig und Sie werden dieses Ziel erreichen!“ diese Worte des Herrn Henrich-Frankfurt rufen auch wir nicht nur den Brauern, sondern allen Brauereiarbeitern zu, dann werden wir unser Ziel, Gleichberechtigung aller Menschen, Theilnahme aller Derer, die arbeiten wollen, an dem Genuße der Früchte ihrer Arbeit, recht bald erreichen.

Briefe an einen Brauer.

Von Emanuel Wurm.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Wird also der Verzuckerungsprozeß beim Maischen so geleitet, daß die Diastase ihre volle Wirkung bis

